

Gegenelite oder verdiente Kämpfer für den Sozialismus?

Hornbostel, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hornbostel, S. (2003). Gegenelite oder verdiente Kämpfer für den Sozialismus? *Historical Social Research*, 28(1/2), 161-186. <https://doi.org/10.12759/hsr.28.2003.1/2.161-186>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Gegenelite oder verdiente Kämpfer für den Sozialismus?

*Stefan Hornbostel**

Abstract: This article begins by considering the theories of modernization and differentiation as possible modes of analysing the societal development of the GDR. Of particular interest is the question to what extent the rise in the level of education led to the emergence of a new “counter-elite”. One might expect the counter-elite to harbour a more critical attitude towards the regime, and therefore, this article attempts to discover to what extent the counter-elite were integrated into the political system and how loyal they were to regime. In addition, by applying Bourdieu’s concept of symbolic capital, the article investigates the significance of the honorary decorations which the GDR regularly bestowed on its citizens. The findings show that the amount of symbolic capital varies considerably depending on professional position and occupational field. Symbolic capital in the form of a high education, however, seems to have led to political integration rather than democratic opposition.

Mehr als eine Dekade nach dem Untergang des DDR-Regimes liegt nach intensiver sozialwissenschaftlicher Transformationsforschung und historischer Aufarbeitung der DDR ein äußerst material- und facettenreiches Bild dieses Gesellschaftsexperiments vor. Was jedoch nach wie vor nicht recht gelingen will, ist das Zusammenfügen all dieser Puzzleteile zu einem Bild, das theoretischen Generalisierungs- und Erklärungsansprüchen genügt und zugleich der Diversität empirischer Befunde Rechnung trägt. Dies Desideratum lässt sich allein durch eine „additive Reihung von multiplen Ursachen“ nicht beseitigen, denn für ein komplexes Kausalmodell, das strukturelle Faktoren mit kontingenten Aspekten verbindet, fehlt nach wie vor ein befriedigender theoretischer Rahmen (vgl. Jarausch 1999, S. 17).

* Address all communications to Stefan Hornbostel, Institut für Soziologie, Universität Jena, Carl-Zeiss-Str. 2, D-07743 Jena. Phone: 0049 3641 945543, Fax: 0049 3641 945542. E-mail: info@hobost.de.

1. Ein theoretischer Bezugsrahmen

Das Desideratum ist allerdings weniger ein Spezifikum der DDR-Forschung, als vielmehr ein allgemeines Problem sozialwissenschaftlicher Theoriebildung. In nuce lässt sich dies Problem an zwei großen Theoriesträngen erkennen, die die DDR-Forschung wesentlich stimuliert haben: Das ist zum einen die differenzierungstheoretisch inspirierte Modernisierungstheorie (vgl. Pollack in diesem Band), zum anderen die Elitenforschung (vgl. Best in diesem Band).

Aus der Sicht einer auf Strukturen abstellenden Differenzierungstheorie rücken Effizienzdefizite in den Vordergrund, die durch Entdifferenzierungsprozesse in einer vom Anspruch des Machtapparates her weitgehend „durchherrschten“ Gesellschaft auftreten, sowie aus gleichem Grunde ein unterkomplexes Steuerungssystem, dem alle intermediären Institutionen fehlten. Allerdings wurde seit den 60er Jahren die einfache Gleichsetzung von Differenzierung und Effizienzsteigerung ausgesprochen kritisch diskutiert. Zu viele empirische Befunde widersprachen den theoretischen Postulaten, zu unscharf war die Trennung von Effizienzsteigerung und partikularer Interessenbefriedigung, zu wenig beachtet war die Bilanz aus Differenzierungsgewinnen und Integrationskosten und zu stark vernachlässigt die Analyse funktionaler Äquivalente, alternativer Entwicklungspfade und sehr spezifischer Kombinationen von Inhibitoren und Katalysatoren. Die Folge war eine Öffnung der Differenzierungstheorie hin zu akteurtheoretischen Konzepten.

In dieser Perspektive sind es Innovationseliten, kollektive und korporative Akteure, die aus ihrer Interessenlage funktionale Differenzierungsprozesse in Gang setzen oder verhindern (vgl. Eisenstadt 1964, Rüchemeyer 1977). In den neofunktionalistischen Analysen treten die Formen von „blunted differentiation“, also jene gleichsam nicht zu Ende geführten Ausdifferenzierungen, wie sie für sozialistische Länder typisch sind, hervor und damit auch die besondere Bedeutung der Machtpotentiale verschiedener Elitegruppierungen (vgl. Colomy 1990). Diese „interessenpolitische“ Erweiterung der Differenzierungstheorie hat einerseits vor allen Dingen die historischen Analysen weitaus empiriehaltiger gemacht, andererseits aber den Bezug auf eine generalisierende Differenzierungstheorie ausgehöhlt. Die Folge ist, dass sich noch nicht absehen lässt, „ob die neu einbezogene Fülle historischen Materials dann wieder durch theoretische Muster gebändigt werden kann“ (Schimank 2000, S. 239). Und genauso stellt sich das Problem aus der Sicht der Elitenforschung, die seit ihrer Renaissance ebenfalls ein Theoriedefizit ausmacht: „As yet, however, elite theory has not been renewed. Scholars have not followed up on the attempts of Mosca, Pareto, Michels, and, in his own way, Weber to make elites the centerpiece in theories of political and social change. Consequently, the many who today focus on elites in their analyses do so in something like a theory void because there is no well-accepted body of definitions, interrelated concepts, and propositions guiding their focus“ (Higley/Lengyel 2000, S. 238).

Man kann also auf der einen Seite erwarten, dass die Verbindung einer differenzierungstheoretischen Perspektive mit einer elitentheoretischen für die DDR-Analyse besonders ertragreich ist, weil sie gleichermaßen die von der DDR selbst gesetzten strukturellen Modernisierungsansprüche (wissenschaftlich technische Revolution, industrielle Leistungsfähigkeit usw.) Ernst nehmen kann, wie auch die besondere Bedeutung des politischen Kontrollanspruchs über das Leitungspersonal mit Hilfe von Nomenklaturen.

Auf der anderen Seite ist angesichts der theorieimmanenten Vagheiten damit zu rechnen, dass ein befriedigendes theoretisches Generalisierungsniveau nur schwer zu erreichen ist. Diese Schwierigkeit wird allenthalben in den ambivalenten Urteilen über die Austarierung von Entdifferenzierung durch politische Kontrolle und Übersteuerung einerseits und Eigensinnigkeit und Autonomie durch Ausdifferenzierungsprozesse andererseits deutlich. So führt Meuschel (1992, S. 10ff.) aus: „Es fand ein machtpolitisch durchgesetzter sozialer Entdifferenzierungsprozess statt, der die ökonomischen, wissenschaftlichen, rechtlichen oder kulturellen Subsysteme ihrer Eigenständigkeit beraubte, ihre spezifischen Rationalitätskriterien außer Kraft setzte oder politisch-ideologisch überlagerte. ... Aber obwohl der Parteistaat Ökonomie und Gesellschaft als einen auf das Telos hin planbaren Gesamtzusammenhang dachte und behandelte, waren doch intermediäre Institutionen und ihre sachverständige Leitung notwendig; die Parteibürokratie musste sich daher auf eine Kooperation mit Fachleuten und auf das Risiko der partiellen Freisetzung teilsystemischer Eigenlogiken einlassen“. Ganz ähnlich stellt Pollack (2001, S. 13), nachdem er die Dominanz des Politischen und die partielle Ausschaltung ökonomischer Rationalitätskriterien konstatiert, fest: „Dennoch ist es nicht berechtigt, von einer vollständigen Entdifferenzierung der DDR-Gesellschaft zu sprechen. Gegenüber den allumfassenden politischen Homogenisierungsansprüchen konnten die einzelnen Funktionsbereiche eine gewisse funktionale Autonomie stets bewahren. Immer wieder vermochten sich funktionsspezifische Rationalitätskriterien in Wissenschaft, Wirtschaft, Recht, Kunst und Erziehung gegen den politischen Steuerungsanspruch zu behaupten“. Und Bauerkämper (1999, S. 65) resümiert seine Untersuchungen zur Kadergesellschaft mit der Feststellung: „Das Leitungspersonal war fest in die Herrschaftsstruktur eingebaut, wurde aber nicht vollständig seiner Autonomie beraubt“. Diese Vagheiten deuten darauf hin, dass die Aufklärung der Handlungsspielräume und Restriktionen, der Loyalitäten und Konfliktmuster auf der Ebene „sozialistische Gesellschaft“ nicht befriedigend zu klären sind, sondern zunächst die Hierarchieebenen und sektorale Zugehörigkeiten berücksichtigt werden müssen, bevor Grundmuster gegenüber spezifischen Sonderentwicklungen identifiziert werden können.

2. Post hoc, ergo propter hoc: Systemkollaps und Gegeneliten

Angesichts dieser ambivalenten Befunde erstaunt es, dass Ettrich und Utz (2002, S. 400, vgl. auch Ettrich in diesem Band) die Fragen eines solchen Forschungsprogramms als mehr oder weniger erledigt, im Begriff der „synkretistischen Gesellschaft“ aufgehoben betrachten und stattdessen die „sozialstrukturelle Formierung und politische Mobilisierung systemischer Gegeneliten“ als dringendes Forschungsthema anempfehlen.

Diese Empfehlung verwundert umso mehr, als Analysten des Vereinigungsprozesses meist vergeblich nach einer Gegenelite Ausschau gehalten hatten, obwohl gerade westliche Beobachter seit der Untersuchung der Parteilite durch Ludz (1968) für die Wahrnehmung einer „institutionalisierten Gegenelite“ sensibilisiert waren. Ludz (1968, S. 42 f.) hatte eine „latente Elitenkonkurrenz, die allerdings nicht manifest, vor allem nicht politisch manifest zu werden braucht“, diagnostiziert: „Die möglicherweise von der gesellschaftlichen Dynamik erzwungene Anerkennung des Sachverständes durch die politische Entscheidungselite bleibt »gebrochen« : Die strategische Clique ist bestrebt, den Sachverstand zwar zu nutzen und damit bis zu einem gewissen Grade zu integrieren, andererseits jedoch stets unter Kontrolle zu halten: die Experten zu konsultieren, jedoch von der eigentlichen Machtausübung fernzuhalten.“ (Ludz 1968, S. 42f.). Trotz dieser Einschränkungen sah Ludz (1968, S. 327), dass die „Anerkennung des technisch-wirtschaftlichen Fortschritts, der Differenzierung und Dynamik der Gesellschaft, die Vision einer Welt permanenter Leistungssteigerung ... dem Denken der neuen Elite ... ein Element der Rationalität“ vermittelt, das in einer Art Konvergenzentwicklung strukturelle Anpassungen der DDR-Gesellschaft forcieren würde.

Erwartet wurde – ganz in der Tradition Vilfredo Paretos –, dass die Macht der „Löwen“ in eine Phase der Dekadenz übergehen würde, in der die „Füchse“, unterstützt von einer strukturellen Modernisierungsbewegung, an Einfluss gewinnen, bis sie schließlich die Machtpositionen selbst okkupieren. Dabei hatte Ludz (1968, S. 44) keine Fundamentalopposition vor Augen, sondern meinte, dass der „Begriff der Gegenelite ... im Bereich der (Aufstiegs-) Mobilität und der sozialen Normen, nicht jedoch in fundamental unterschiedlichen politischen Zielvorstellungen sein materielles Substrat“ fände.

Selbst diese Hoffnung auf eine moderate technokratische Gegenelite wurde enttäuscht, zumindest insoweit, als die DDR in der Folge eher eine Re-Ideologisierung erlebte und die Gegenelite weitgehend unsichtbar und sprachlos blieb. Stellvertretend für viele Stimmen fasst Meuschel (1992, S. 28) diese Ent-Täuschung zusammen: „Wissenschaftliche Diskurse – ebenso wie ihr Fehlen – sagen viel über den Zustand von Intelligenz und Gesellschaft aus, über ihre Wahrnehmungsfähigkeit und ihre politische Haltung, mithin über

ihren Legitimitätsglauben oder ihre Loyalitätsbereitschaft. Eine Herrschaftsordnung ist um so leichter stabil zu halten, je länger die Intelligenz sich den legitimatorischen Ritualen nicht entzieht. Das Ausmaß ihrer Hingabe an das System oder auch nur ihrer Hinnahme desselben reflektiert freilich neben politisch-kulturellen Lagen auch die Repressivität der Herrschaft. Die Schubladen, für die eine reprimierte Intelligenz in schweren Zeiten schreibt, waren allerdings weitgehend leer, als die Revolution 1989 sie öffnete.“

Umso überraschender, dass Ettrich und Utz (2002, S. 401) bei ihrer Sichtung der neueren Elitenliteratur einen „anspruchsvolle[n] theoretischen Ansatz“ entdeckt haben, „der die innerostdeutsche Elitenzirkulation nach 1989 in überzeugender Weise mit dem endogenen Prozess der Entstehung und dem Wachstum einer blockierten demokratischen Gegenelite in der DDR verknüpft“. Nach diesem Ansatz, zeichnen sich „Gegeneliten ... durch die Kombination von relativer Deprivation und kognitiver Kompetenz aus“, was sich auch „unter dem Begriff der Statusinkonsistenz subsumieren“ lässt (Welzel 1997, S. 37). Im Kern handelt es sich um das alte makrosoziologische Modernisierungsparadigma, was folgendermaßen umrissen wird: „Modernisierungsprozesse führen allgemein gesagt zu einer Expansion von Ressourcen, und zwar zunächst von materiellen Ressourcen ..., sodann aber auch von kognitiven Ressourcen, weil wohlhabendere Gesellschaften über reichhaltigere Mittel verfügen, die sie in den Ausbau der Bildungssysteme investieren können. Auf diese Weise steigt das allgemeine Bildungsniveau und es wächst der Anteil der oberen Bildungsgruppen, insbesondere der Intelligenz ... Spielen sich diese Prozesse innerhalb eines autokratischen Regimes ab, so bedeutet dies, dass sie auf eine hochgradig konzentrierte Machtstruktur treffen. Somit entsteht ein Widerspruch zwischen Machtkonzentration und Kompetenzexpansion. Auf das individuelle Streben nach höchst möglicher Statuskonsistenz rückt unter diesen Umständen die Forderung nach einer breiteren Machtallokation ins rationale Interesse der Intelligenz. Diese Forderung läuft im Prinzip auf eine Demokratisierung der Machtverhältnisse hinaus. Die Nutzenrationalität demokratischer Machtverhältnisse ist dabei in engem Zusammenhang mit der Größe der Intelligenz zu sehen, denn für große gesellschaftliche Gruppen ist es generell rational, Mechanismen zu implementieren, die eine relativ inklusive Machtallokation ermöglichen“ (Welzel 1997, S. 64).

Beleg für diese Behauptung ist der Umstand, dass sich weltweit unter den Ländern, in denen der Besucheranteil höherer Bildungseinrichtungen zwischen 20 % und 66 % des relevanten Altersjahrgangs beträgt, mehr typstabile Demokratien finden als unter den Entwicklungsländern, deren Anteil unter 20 % beträgt (vgl. Welzel 1997, S. 52). Ist das an sich schon ein schwaches Argument, weil es weder Kausalbeziehungen berücksichtigt noch Demokratie über ein Formalprinzip hinaus spezifiziert, wird es für die DDR, die bekanntlich ihre Bildungsexpansion deutlich früher startete als die Bundesrepublik (vgl. Geißler 1996, S. 252 ff.), völlig unplausibel. Denn, wenn derartige Automatismen

tatsächlich greifen würden, hätte man in der DDR wohl weitaus früher mit massiven Destabilisierungserscheinungen rechnen müssen.

Statusinkonsistenz allein – in westlichen Gesellschaften geradezu ein Alltagsphänomen – erklärt nun allerdings weder Systeminstabilität noch das Entstehen demokratischer Orientierungen. Zudem kommen sozioökonomische Deprivationserfahrungen für die DDR nicht in Frage, wie Welzel feststellt. Wohl aber macht Welzel Aufstiegsbarrieren aus, da die Intelligenz nicht das zentrale Rekrutierungsfeld für politische Leitungsfunktionen sei (vgl. Welzel 1997, S. 76). Schon Ludz hatte darauf hingewiesen, dass eine derartige Konzentration auf die Partielite für eine DDR-Analyse völlig unangemessen sei (vgl. Ludz 1968, S. 42). In der Tat zeigt sich bei Betrachtung der sektoralen Eliten – anders als Welzel meint – ein sehr hoher Anteil von Hochschulabsolventen unter Inhabern von hohen Führungspositionen (vgl. Hornbostel 1999). Bleiben als mögliche weitere Deprivationserfahrungen „Blockaden professioneller Kompetenzentfaltung“ und „politischer Kompetenzentfaltung“. Auch dazu finden sich leider keine neuen empirischen Befunde, sondern lediglich Verweise auf „politische Fremdkontrolle sektorinterner Entscheidungsprozesse“ (Welzel 1997, S. 78) und auf fehlende „Möglichkeiten der selbstbestimmten Partizipation“ (Welzel 1997, S. 80). Was zu klären wäre, nämlich die Frage, ob unter solchen Bedingungen tatsächlich demokratieorientierte Gegeneliten heranwachsen, wird einfach postuliert und unter Verweis auf den Repressionsapparat wird gleich mitpostuliert, dass diese Gegeneliten mindestens 20 Jahre unsichtbar bleiben mussten.

Mag das als hypothesengenerierende Heuristik noch akzeptabel sein, ist es der empirische Beleg sicherlich nicht. Dieser Beleg besteht schlicht aus dem Verweis auf höhere Demokratiepräferenzen der Intelligenz in einer Retrospektivbefragung von 1991. Dass eine sozioökonomisch arrivierte Intelligenz – zudem mit vergleichsweise viel konvertiblem Sozialkapital ausgestattet – es „sich leisten kann“, in einer Präferenzordnung demokratiebezogene Items gegenüber konsumbezogenen mit etwas höherer Priorität als die übrige Bevölkerung zu behandeln, überrascht wenig und ist sicherlich kein Beleg für eine demokratische Gegenelite. Und auch Welzels Hinweise auf die Montagsdemonstrationen überzeugen nicht, denn der Autor macht in seinen modernisierungstheoretischen Überlegungen einen „Anteil von knapp 34 Prozent“ von Besuchern höherer Bildungseinrichtungen aus, um dann zu behaupten, dass mit einem Intelligenzanteil zwischen 18 % und 33 % die Intelligenz „unter den Demonstranten klar überrepräsentiert“ war (Welzel 1997, S. 185 f.).

Vollends unverständlich wird schließlich die Beweisführung dafür, dass sich die ostdeutsche Nachwende-Elite „tatsächlich weitestgehend aus dem demokratischen Gegeneliten-Reservoir der DDR-Gesellschaft rekrutiert“ und „damit eine Verlagerung und keine Reproduktion der sozialen Rekrutierungsbasis der Eliten stattgefunden“ habe (Welzel 1997, S. 188). Basis für diese Behauptung ist die Potsdamer Elitestudie von 1995. In dieser Studie wurden jedoch ledig-

lich 272 Personen befragt und zudem nicht „ostdeutsche Eliten ...“, sondern nur solche Ostdeutsche, die Führungspositionen im vereinigten Deutschland einnehmen. ... Diese Personen stellen ... eine sowohl im Hinblick auf ihre Sektorzugehörigkeit, als auch im Hinblick auf ihre Parteizugehörigkeit bzw. -präferenz besondere Gruppe dar. Es handelt sich dabei mehrheitlich (160 von 272, d.h. 58,8 %) um Politiker, und unter diesen dominieren wiederum Politiker von SPD, Bündnis 90/Grünen und PDS (110 von 160). Auch die anderen aus Ostdeutschland stammenden Befragten stehen mehrheitlich einer dieser drei Parteien nahe (vgl. Hoffmann-Lange 2000, S. 203-211).

Die Beschränkung auf Spitzenpositionen (in der Politik) führt angesichts der Bedingungen, unter denen der Beitritt zur Bundesrepublik erfolgte, fast zwangsläufig zur Feststellung eines Elitenwandels, insbesondere wenn man die Kontinuitätslinien vom Dritten Reich in die Bundesrepublik (West) als Vergleichsfolie heranzieht. Die eigentlich interessante Frage – mit den Worten Moscas – danach, wie “die zweite Schicht der herrschenden Klasse“ rekrutiert wurde, bleibt damit völlig unbeantwortet. Gerade für diese Gruppe aber „muss man ... konstatieren, dass die meisten der neuen ostdeutschen Führungskräfte in der DDR nicht zur Opposition gehört hatten, sondern als Fachleute bereits herausgehobene Führungspositionen der zweiten Ebene erreicht hatten, also zur Subelite gehörten“ (Hoffmann-Lange 2000, S. 203-211). Es drängt sich zwangsläufig der Gedanke auf, dass hier nicht Gegeneliten aufgestiegen sind, sondern eher Mitläufer eine vertikale Elitenreproduktion erlebt haben, dass es sich nicht um eine Gegenelite handelte, sondern eher um eine politisch tendenziell indifferente Führungsgruppe, die auf Problemlösung unter widrigen Umständen orientiert war und nicht selten am Rand der Legalität agierte, ohne jedoch das politische System in Frage zu stellen (vgl. Hornbostel 2000, S. 127).

Was Ettrich und Utz (2002, S. 402) als Rückführung der Debatte „über den Sonderfall DDR“ in die „vergleichende Forschung über die Demokratisierung autokratisch verfasster Industriegesellschaften“ anempfehlen ist geradezu ein Paradebeispiel für eine „post-hoc-ergo-propter-hoc-Erklärung“ der Funktionsweise des Staatssozialismus. Zu einer tiefer gehenden Analyse der sozialistischen Gesellschaft oder des Transformationsprozesses kommt man auf diese Weise nicht. Dazu ist es vielmehr notwendig, die DDR als einen Antwortversuch auf die widersprüchlichen Anforderungsstrukturen, mit denen moderne Gesellschaften sich konfrontiert sehen, zu betrachten. Und zwar weniger als monolithisches Ideologiegebilde, sondern als eine Gesellschaft, der es wider alle Erwartungen sehr lange gelungen ist, nicht nur mit Repression, sondern mit vielfältigen muddling-through-Strategien, Entwicklungsungleichzeitigkeiten in verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren, erheblichen internen Ausdifferenzierungsprozessen und korrespondierenden Ungleichheitsstrukturen, die Bildung von artikulations- und handlungsfähigen Gegeneliten zu verhindern.

Für ein solches Forschungsprogramm wird man die ausgetretenen Pfade einer rein makrosoziologisch verfahrenen Modernisierungsforschung verlassen

müssen und auch nach unkonventionellen Indikatoren für die eigentümliche Verschränkung von Loyalität und Subordination unter ein politisches Primat auf der einen und der Erweiterung der eigenen Handlungsspielräume auf der anderen Seite suchen müssen.

3. Zwischen Loyalität und Autonomie

Die Frage ist, ob man sich diesen weichen Handlungsspielräumen – jenseits von Einzelfallstudien – empirisch nähern kann. Im Folgenden soll exemplarisch ein möglicher Zugang mit Hilfe des Bourdieuschen Konzepts des sozialen Raums vorgestellt und der Zentrale Kaderdatenspeicher dafür als Basis genutzt werden (vgl. dazu Remy in diesem Band). Der Begriff „sozialer Raum“ bezieht sich auf die relativen Statuspositionen der einzelnen Akteure. Auch wenn diese Positionen empirisch schwer nachzuweisen sind, geht Bourdieu von einer wirkamen sozialen Realität aus, analog zum geographischen Raum. Veränderungen der Position im sozialen Raum der Relationen sind grundsätzlich nur durch Investition von Arbeit und Zeit möglich, wobei den Akteuren unterschiedliche Ressourcen (Kapitalsorten) zur Verfügung stehen. Der soziale Raum selbst ist nicht nur in vertikaler Richtung differenziert, sondern auch horizontal in unterschiedliche, relativ autonome Felder wie Ökonomie, Kunst, Politik etc. Wie bei einem Gravitationsfeld geht vom sozialen Raum keine völlige Determination aus, dennoch ist es schwer, gegen die Schwerkraft anzuarbeiten, zumal die Felder sich über Konkurrenz um Wahrung oder Änderung der Kräfteverhältnisse konstituieren.

Die Dimensionen des sozialen Raums werden aus den verschiedenen Kapitalsorten aufgespannt. Das ökonomische Kapital, das am klarsten definiert ist, aber im Falle der DDR kaum in Anschlag zu bringen ist; das kulturelle Kapital, das in seinen Unterformen in inkorporierter, objektivierter und schließlich institutionalisierter Form auftaucht. Mit letzterem haben wir es in unserem Datenmaterial überwiegend zu tun. Als drittes das soziale Kapital, das am einfachsten mit Netzwerkressourcen übersetzt werden könnte. Schließlich noch das symbolische Kapital „als wahrgenommene und als legitim anerkannte Form der drei vorgenannten Kapitalien“ (Bourdieu 1985, S. 10). Das wesentliche Kennzeichen symbolischen Kapitals ist also eine Art Widerspiegelung der übrigen Kapitalsorten, wobei die schwer zu legitimierenden Ungleichverteilungen der übrigen Kapitalsorten in eine fassbare, vor allen Dingen aber anerkannte Zeichendimension der sozialen Welt übertragen werden. Bourdieu selbst spricht davon, dass fast ebensoviel Kraft und Einfallsreichtum auf die Verschleierung der ökonomischen Handlungen gelegt werden muss, wie auf deren Ausführung (vgl. Bourdieu 1985, 1987).

Diese Kapitalien sind in begrenztem Maße konvertibel, also in jeweils andere Kapitalsorten transformierbar und bestimmen durch Akkumulation die Posi-

tion im sozialen Raum, die eigendynamisch reproduziert und verstärkt wird. Das Entscheidende ist, dass wir es hier mit Transformationsprozessen und Umwandlungen zu tun haben. Allerdings bleibt Bourdieu ausgesprochen unscharf in seiner Abgrenzung der Kapitalsorten: Symbolisches Kapital kann danach sowohl als eigenständige Kapitalsorte verstanden werden (mit entsprechenden Machtrelationen) oder eben nur als eine Symbolisierung der übrigen (vgl. Vogt 1997).

4. Ehre in modernen Gesellschaften

Zum symbolischen Kapital gehören die Auszeichnungen und Ehrungen, insbesondere jene, die durch den Staat vergeben werden. Es mag auf den ersten Blick wie ein Anachronismus erscheinen, Positionen in modernen Gesellschaften über Orden und Ehrenzeichen bestimmen zu wollen, denn diese sind vor allen Dingen assoziiert mit herrschaftlichen Gunstbeweisen und stehen insofern zunächst einmal im Widerspruch zum meritokratischen und egalitären Selbstverständnis moderner, demokratischer Gesellschaften. Allerdings spielt Ehre in Form von Auszeichnungen auch in modernen Gesellschaften eine erhebliche Rolle (vgl. Vogt 1997) und sie nimmt sogar zu, wie man auch im Westen Deutschlands z.B. an der explosionsartigen Vermehrung der Wissenschaftspreise seit den 70er Jahren, aber auch an ganz aktuellen Debatten beobachten konnte (vgl. Hornbostel 2003).

Dass eine sozialistische Gesellschaft wie die DDR, die insbesondere jene egalitären Ansprüche weitaus schärfer formulierte, nicht etwa an die Traditionen der Weimarer Republik anknüpfte (dort waren alle staatlichen Auszeichnungen ersatzlos abgeschafft worden), sondern an das Kaiserreich mit seiner inflationären Flut von Orden und Ehrenzeichen, mag verwundern, aber tatsächlich steigerte sich im Laufe der DDR-Geschichte diese Tradition zu einem kaum mehr überschaubaren System von Auszeichnungen und Ehrungen symbolischer und materieller Art. Nach Schätzungen wurden etwa 8.000 verschiedene Orden, Medaillen, Preise und Auszeichnungen verliehen, mit der Folge, dass „einiges Geschick dazu [gehörte], als DDR-Bürger einer Auszeichnung aus dem Wege zu gehen“ (Eppelmann u.a. 1996, S. 88). Diese Auszeichnungsflut, verbunden mit einer fast penetranten Präsentation von Geehrten und ihren Verdiensten in der Öffentlichkeit, ist wohl auch verantwortlich dafür, dass dieses Auszeichnungswesen nicht nur als „ermüdend“ wahrgenommen wurde, sondern durchaus „komische Züge“ entwickelte (Zimmermann 1994, S. 343). Auf der anderen Seite enthält das Auszeichnungswesen der DDR durchaus einen harten Kern, der sorgfältig vor inflationärer Entwertung der symbolischen Distinktionsqualitäten geschützt und sehr ernstgenommen wurde, wie sich an der akribischen Verzeichnung der Auszeichnungen in den Kaderakten oder zu Beförderungsanlässen erstellten Kurzbiographien ablesen lässt.

Zum harten Kern zählen die staatlichen Auszeichnungen: Die acht Auszeichnungen (z.T. in drei Klassen abgestuft), die der Vorsitzende des Staatsrates verleihen durfte (darunter der Karl-Marx-Orden, der Ehrentitel „Held der Arbeit“ und der Nationalpreis), die sieben Auszeichnungen, die durch den Vorsitzenden des Ministerrates verliehen wurden (darunter z.B. die Hans-Beimler- und die Clara-Zetkin-Medaille) und der „Scharnhorst-Orden“, den der Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates verlieh. Es folgen dann gut 100 verschiedene Auszeichnungen, die durch die Minister, die Leiter zentraler Staatsorgane, Kombinati-leiter, Vorsitzende der Räte der Bezirke und Kreise vergeben wurden (vgl. Bartel 1979; Tautz 1983). Diese Auszeichnungen waren z.T. mit erheblichen Geldprämien versehen¹. Zahlreiche staatliche Auszeichnungen waren ursprünglich mit dem Anspruch auf den regelmäßigen Bezug eines „Ehrengeldes“ oder einer „Ehrenrente“ verbunden. Die Dauerbezüge wurden im Laufe der 70er Jahre in einmalige Geldprämien umgewandelt, wobei Altansprüche nicht angetastet wurden (vgl. Bundesministerium des Innern 1985, S. 139ff.).

Zu den Besonderheiten des Auszeichnungswesen der DDR gehört, dass viele Ehrungen nicht nur an Einzelpersonen, sondern auch an Kollektive (z.B. Betriebe, staatliche Einrichtungen oder an organisatorisch abgrenzbare Teilkollektive) verliehen wurden. Die Auszeichnung von Kollektiven hatte in der DDR im Laufe der Zeit deutlich zugenommen. Im Falle von Kollektivauszeichnungen wurde in der Regel die Geldprämie so geteilt, dass kein Kollektivmitglied eine größere Summe erhielt, als es bei einer Einzel-Auszeichnung der Fall gewesen wäre. Derartige Geldzuwendungen waren steuerfrei und nicht sozialversicherungspflichtig.

Beschränkt man sich auf die staatlichen Auszeichnungen, lassen sich auf der programmatischen Ebene auch die Vergabekriterien rekonstruieren. Sie sind im „Gesetz über die Stiftung und Verleihung staatlicher Auszeichnungen vom 7. April 1977“ und dem zugehörigen Durchführungsbeschluss² dargelegt. In der Präambel des Gesetzes heißt es (vgl. Tautz 1983):

„Die auf das Wohl des Volkes gerichtete Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des sozialistischen Staates der Arbeiter und Bauern fördert die Schöpferkraft, die Initiative und die Bereitschaft der Arbeiterklasse, der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und aller anderen Werktätigen zu hohen Leistungen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Durch die Verleihung staatlicher Auszeichnungen würdigt der sozialisti-

¹ Nationalpreis (I.Kl.): 60.000 M, Karl-Marx-Orden: 20.000 M, Friedrich-Engels-Preis (I.Kl.): 10.000 M, Vaterländischer Verdienstorden: bis 1973 ein jährliches Ehrengeld; vgl. Eppelmann u.a.1996, Tautz 1983.

² Beschluß des Staatsrates, des Ministerrates und des Nationalen Verteidigungsrates zur Durchführung des Gesetzes über die Stiftung und Verleihung staatlicher Auszeichnungen vom 16. Dezember 1977.

sche Staat hervorragende Leistungen und Verdienste bei der allseitigen Stärkung und Festigung der Deutschen Demokratischen Republik“.

Und im Durchführungsbeschluss heißt es ergänzend:

„Der Ministerrat ist berechtigt, ... Festlegungen für die Auswahl von Auszeichnungsvorschlägen sowie für die Anzahl der vorzunehmenden Auszeichnungen und deren Aufgliederung auf die einzelnen Bereiche und Bezirke zu treffen“.

Schließlich wird in § 4 (2) des Gesetzes das Vorschlagsrecht folgendermaßen umrissen:

„Die Auswahl der Vorschläge erfolgt in der Regel in den Organen, Betrieben bzw. Einrichtungen, in denen der Vorzuschlagende beschäftigt ist. Die Leiter haben die Vorschläge gemeinsam mit der Parteiorganisation der SED und der Gewerkschaftsorganisation zu erarbeiten und sich dabei auf die Meinung der Arbeitskollektive zu stützen.“

Bereits diese knappe Zusammenfassung lässt sehr deutlich vier – nicht ganz widerspruchsfreie – Elemente erkennen: Erstens wird eine diffuse Gemeinwohlorientierung als Kriterium formuliert, zweitens ein meritokratisches Prinzip festgelegt (hohe Leistungen), drittens wird von vornherein eine Quotierungsoption eingeräumt (was nicht ohne weiteres zu den meritokratischen Ansprüchen passt) und viertens wird deutlich gemacht, dass der gesamte Prozess der Ehrung einer strikten parteipolitischen Kontrolle unterliegt.

Man kann also durchaus vermuten, dass das Auszeichnungswesen horizontale und vertikale Differenzierungen (re)produzierte, so dass hier „feine Unterschiede“ entstanden, die als symbolisches Kapital die Opportunitätsstrukturen der Geehrten auch tatsächlich beeinflussten. Im letzteren Fall wären die Auszeichnungen ein „bisher wenig beachtetes Instrument sozialer Differenzierung, Integration und Kaderauslese“ und das Maß der Ehrung ein Indikator für eine Positionierung im sozialen Raum der DDR-Gesellschaft (Zimmermann 1994, S. 343).

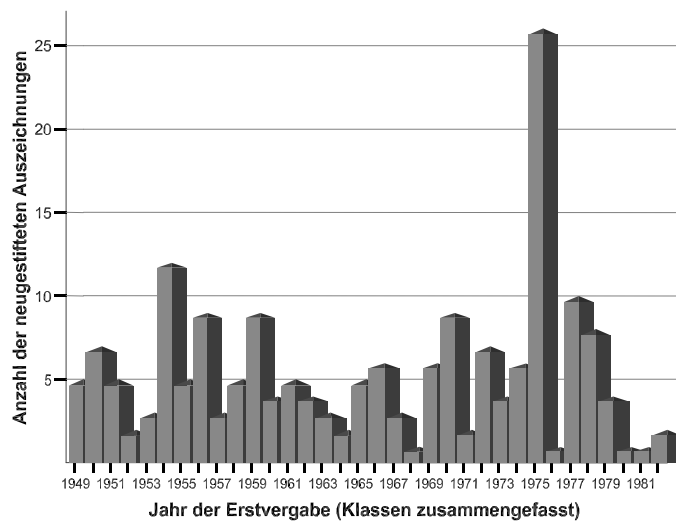
Man kann dann zu Recht vermuten, dass „die Ausgezeichneten ... aus der Sicht des politischen Systems eine herausgehobene Stellung ein[nehmen] (»verliehenes Sozialprestige«)“ und „mannigfache Förderungen in ihrer politischen und beruflichen Karriere“ erfahren (Bundesministerium des Innern 1985, S. 139ff.).

5. Die Inflation der Ehre

Wird Ehre zu einem begehrten Gut, weil tendenziell konvertibel, dann erhöht sich die Nachfrage – nicht nur im Sozialismus, sondern auch in westlichen Gesellschaften. Gelingt es dann nicht, das begehrte Gut knapp zu halten, setzen typischerweise inflationäre Entwertungsprozesse ein. Das gilt für ökonomisches Kapital ebenso wie für symbolisches.

Abb. 1: Neugestiftete staatliche Auszeichnungen der DDR nach Jahr der Erstvergabe

(Unterschiedliche Klassen einzelner Auszeichnungen sind als eine Auszeichnung gezählt)



Quelle: Tautz 1983, eigene Berechnungen

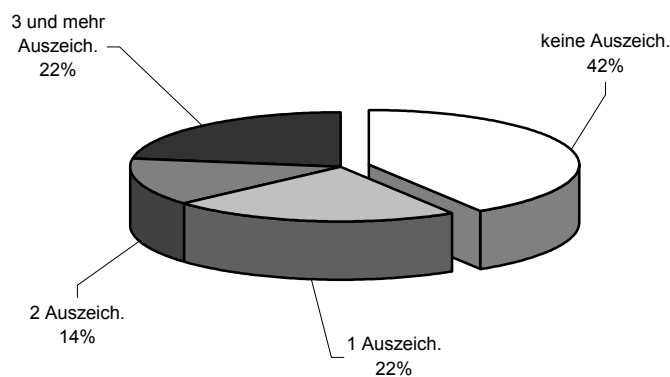
Der inflationäre Druck, der auf das Auszeichnungswesen der DDR wirkte, war genau genommen ein dreifacher: Zunächst einmal wurden kontinuierlich neue Auszeichnungen gestiftet (vgl. Abb. 1). Soweit aus der überlieferten Korrespondenz der Abteilung Kader beim Ministerrat der DDR erkennbar, hat die Nachfrage nach neuen Auszeichnungen im letzten Jahrzehnt der DDR-Existenz sogar weiter zugenommen, so dass die Abteilung immer wieder Antragsteller auf die Gefahren einer Entwertung bestehender Auszeichnungen bzw. der Irritation bestehender Auszeichnungshierarchien hinweisen musste.

Eine weitere Entwertungstendenz ist seit den 70er Jahren erkennbar. Sie ergibt sich aus einer schnellen Abfolge von Auszeichnungen oder gar Mehrfachauszeichnungen mit demselben (dann meist hochdotiertem) Orden. Zu den wenigen aktenkundigen Begründungen für die Ablehnung von vorgeschlagenen

nen Kandidaten gehören derartige Hinweise auf eine zu schnelle Folge von jeweils höheren Auszeichnungen. Dieses Inflationsproblem ist allerdings kein Massenphänomen, sondern vor allen Dingen bei Personen in Führungspositionen und dort insbesondere bei politischen Funktionen anzutreffen.

Ein erster Blick in den Kaderdatenspeicher zeigt zunächst einmal, dass die inflationäre Ordensvergabe keineswegs dazu geführt hat, dass eine Auszeichnung gewissermaßen zum Standardeintrag in der Kaderakte wurde. Wie Abbildung 2 zeigt, lassen sich für ca. 42 % der erfassten Personen keine Auszeichnungen nachweisen. Zwar ist diese Zahl vermutlich eine Unterschätzung, da die Registrierung der Auszeichnungen auf Selbstangaben der erfassten Personen beruhen, die z.T. nur lückenhaft erfolgte oder erst bei beruflichen Veränderungen aktualisiert wurde. Aber selbst wenn man eine sehr großzügige Fehlerabschätzung vornimmt, bleiben mehr als ein Drittel der registrierten Personen ohne Auszeichnung.³ Im Vergleich mit westlichen Gesellschaften ist das zwar immer noch ein hoher Anteil von geehrten Personen, aber keineswegs ein Hinweis auf eine inflationäre Entwertung der Auszeichnungen.

Abb. 2: Personen im Kaderdatenspeicher nach Auszeichnungen



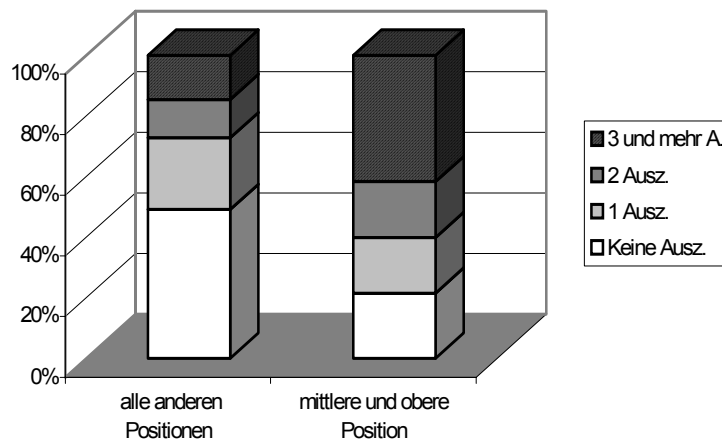
Quelle: Zentraler Kaderdatenspeicher

Dieser Befund wird auch dadurch gestützt, dass nennenswertes Sozialkapital in Gestalt von Auszeichnungen offenbar erst durch Akkumulation von Ehrungen erreicht wird. Wie Abb. 2 zeigt, konnte nur eine vergleichsweise kleine Gruppe drei und mehr Auszeichnungen im Verlauf ihrer Berufsbiographie verbuchen.

³ Diese Einschätzung wird erhärtet durch die in Abb. 3 erkennbare Verteilung. Auch unter den Inhabern höherer Positionen, für die die Datenqualität und Vollständigkeit nach allen Überprüfungen deutlich höher liegt und außerdem die Auszeichnungswahrscheinlichkeit deutlich größer ist, bleiben knapp 22 % der Personen ohne Auszeichnung.

Genau diese Gruppe mit mehrfachen Auszeichnungen ist unter den gehobenen Führungspositionen deutlich stärker vertreten als bei den übrigen Positionsinhabern im Kaderdatenspeicher. Abb. 3 zeigt die prozentuale Verteilung nach Auszeichnungshäufigkeit in den gehobenen Führungspositionen (das sind in diesem Fall berufliche Positionen vom Abteilungsleiter oder äquivalenten Positionen an aufwärts) und den übrigen Positionen im Kaderdatenspeicher.

Abb. 3: Auszeichnungen und berufliche Position



Quelle: Zentraler Kaderdatenspeicher

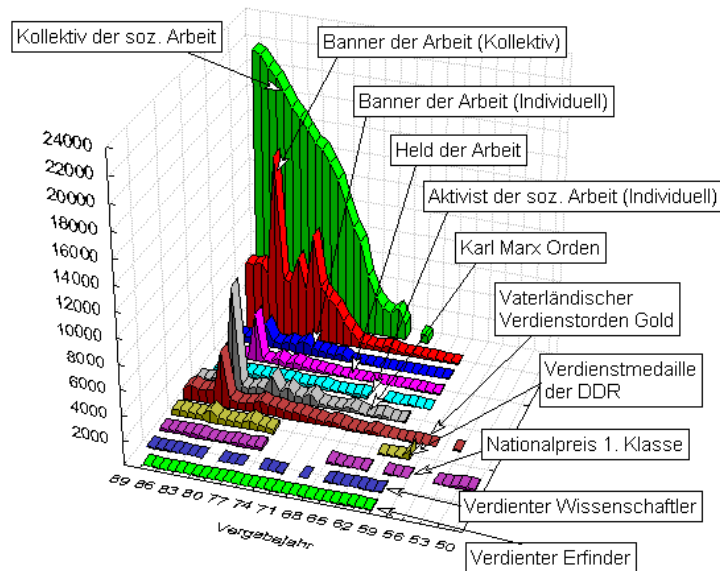
Erkennbar ist, dass nicht nur die Zahl der Ausgezeichneten auf den höheren Positionen größer ist, sondern vor allen Dingen, dass der Anteil der vielfach Ausgezeichneten überproportional groß ausfällt (ca. 42 % versus ca. 15 % in den unteren Berufspositionen).

Zwar spielt bei dieser Akkumulationschance das Alter eine Rolle (je älter, desto größer die Chance auf eine Mehrfachauszeichnung), aber die beiden hier verglichenen Gruppen liegen im mittleren Alter lediglich sechs Jahre auseinander, so dass eine gravierende Verzerrung vom unterschiedlichen Alter beider Gruppen nicht ausgehen kann.

Die dritte Quelle inflationären Drucks ergab sich aus der Vergabehäufigkeit der vorhandenen Auszeichnungen. Obwohl für fast alle Auszeichnungen eine Höchstzahl von jährlich zu vergebenden Stückzahlen fixiert war, wurden diese Margen für viele Auszeichnungen entweder ignoriert oder aber per Ministerratsbeschluss dauerhaft oder zu besonderen Anlässen erhöht. Abbildung 4 zeigt, dass diese Form der „Ehreninflation“ sehr unterschiedlich auf die einzelnen Auszeichnungen wirkte. Insbesondere für Kollektivauszeichnungen auf

ökonomischem Gebiet lassen sich in knapp 30 Jahren (seit 1960) Steigerungsraten von mehr als 20.000 % ausmachen.

Abb. 4: Vergabehäufigkeit staatlicher Auszeichnungen der DDR
Angaben in Prozent (1960=100%)



Quelle: jährliche Berichte der Abteilung Kader beim Ministerrat der DDR

Dem korrespondiert eine enorm hohe absolute Zahl von vergebenen Auszeichnungen. So wurde das „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ zwischen 1960 und 1988 durchschnittlich 123.000 Mal pro Jahr vergeben, die Aktivistenauszeichnung mehr als 230.000 mal.⁴ Diese mit Prämien verbundenen Auszeichnungen figurierten quasi als Lohnzuschuss, der allerdings nicht im Sinnhorizont ökonomischen Handelns gewährt wurde. Vielmehr handelt es sich um die Implementation von politisch-moralischen Kriterien, die kaum nachvollziehbar mit Leistungskriterien vermengt wurden.

Diese sehr häufig vergebenen und zudem inflationär gesteigerten Auszeichnungen machen den als „lächerlich“ charakterisierten Teil des Auszeichnungswesens aus. Davon muss man jene – meist politiknahen – Auszeichnungen unterscheiden, die zwar auch erhebliche Steigerungsraten aufweisen, aber keine kontinuierliche, sondern eine zyklische Steigerung aufweisen. Der wichtigste Taktgeber für derartige Zyklen waren die „Jahrestage der Republik“ (in Abb. 4

⁴ Vgl. zu diesen und den folgenden Angaben: Abteilung Kader beim Ministerrat; verschiedene Analysen verliehener staatlicher Auszeichnungen, BArch Berlin DC 20/11467/1-2.

an den heftigen Ausschlägen ablesbar). Zu diesen „Zyklikern“ gehört z.B. der Karl-Marx-Orden, der zwar im Durchschnitt nur 46 mal pro Jahr (1960 bis 1988) verliehen wurde, aber zum letzten Republikjubiläum allein 513 mal. Die Steigerung erfolgt von Jubiläum zu Jubiläum. Schließlich bleiben Auszeichnungen – meist eher politikferne –, die weder hohe Verleihungszahlen noch inflationäre Steigerungen aufweisen. So wurde z.B. der Nationalpreis erster Klasse für Wissenschaft und Technik im Durchschnitt 2,4 mal pro Jahr verliehen, mit einer Schwankungsbreite zwischen 0 und 7 jährlichen Verleihungen. Es sind diese Auszeichnungen, überwiegend aus den Bereichen Wissenschaft und Kultur, die für die Dignität des Verleihers stehen und meist auch in ihrer Ahnenreihe prominente Träger verzeichnen können, die nicht im Verdacht stehen, für politisches Wohlverhalten geehrt worden zu sein. Die Annahme der Ehrung bedeutet schließlich immer auch, den Ehrenden als ehrenwert zu akzeptieren. Das ist angesichts der heiklen Balance der DDR-Orden zwischen einer Stigmatisierung des Geehrten als Opportunisten und einer akzeptablen Würdigung der geehrten Person im Lichte fachlicher oder humanistischer Ideale durchaus problematisch. In Interviews mit Trägern hoher Auszeichnungen wurde deutlich, dass die Genealogie der Geehrten äußerst wichtig für die Valenz der Auszeichnung ist. Der Nationalpreis etwa wird in dieser Perspektive durch Preisträger wie Thomas Mann oder Bertolt Brecht zu einer politik- und systemübergreifenden Ehrung.

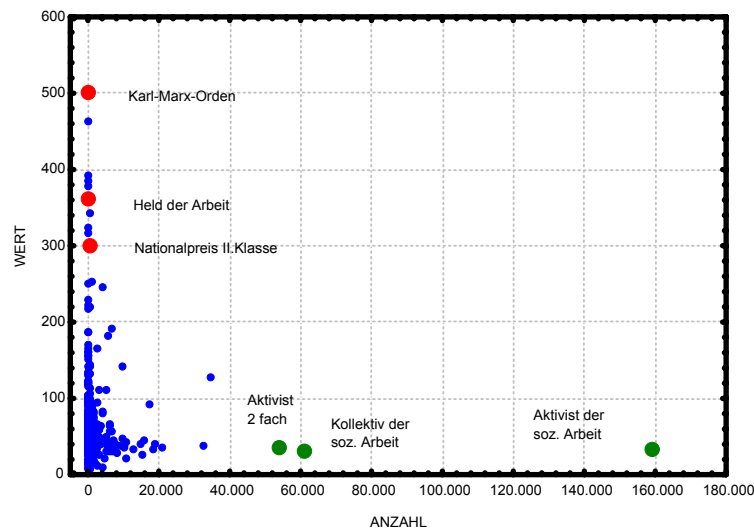
6. Symbolisches Kapital

Um als symbolisches Kapital figurieren zu können, mussten die Ehrungen einerseits akkumuliert werden, andererseits mussten die einzelnen Auszeichnungen offenbar einen bestimmten Wert erreichen. Um den Orden und Auszeichnungen irgendeinen bezifferbaren Wert zuzuweisen, haben wir ein kleines Sample von Experten (ehemalige SED-Funktionäre) um eine Einordnung auf einer Punkteskala gebeten. Obwohl die Bewertergruppe relativ homogen zusammengesetzt war, ergaben sich dennoch erhebliche Bewertungsunterschiede und zwar weniger bei den hochrangigen Orden, sondern im Mittelfeld und bei nachrangigen Orden. Das ist auf zwei Effekte zurückzuführen. Zum einen auf jenen Umstand, auf den Simmel schon hingewiesen hatte: Mit der Ausdifferenzierung sozialer Kreise entstehen auch unterschiedliche Konzepte von Ehre: Die Ehre des Offiziers ist eben nicht die des Kaufmanns. Diese Ausdifferenzierung schlägt auch hier durch. Zweitens besteht die Ordensflut der DDR zu erheblichen Teilen aus bereichsspezifischen Auszeichnungen, deren Bedeutung von Außenstehenden schwer eingeschätzt werden kann. Daher wurde zusätzlich ein phaleristisches Gutachten eingeholt, in dem das Material aufgrund von Vergabehäufigkeiten, Prämien, Trageordnungen und anderen Vergleichsaspek-

ten endgültig sortiert und mit Wertigkeitspunkten versehen wurde (Punktzahlen von 1 bis 500).

Zwischen den inflationären (im Sinne eines symbolischen Kapitals: wertlosen) Auszeichnungen und den „wertvollen“, durch sparsame Vergabe vor Inflation geschützten Auszeichnungen lässt sich deutlich unterscheiden. Die folgende Graphik zeigt auf der Grundlage der ZKDS-Daten die Vergabehäufigkeit und die nach obigem Verfahren ermittelten Wertigkeiten der Orden.

Abb. 5: Häufigkeit und Wertigkeit der 650 Orden im Kaderdatenspeicher



Quelle: ZKDS

Versucht man nun die rund 350.000 Personen, für die im Zentralen Kaderdatenspeicher Orden verzeichnet sind, nach ihren im Berufsleben erworbenen Auszeichnungen zu gruppieren, dann ergeben sich drei deutlich getrennte Gruppen: ca. 80 % der Personen erreichen bis zu 200 Punkte (überwiegend mit 1 oder 2 Auszeichnungen), ca. 18 % erreichen Werte zwischen 200 und 600 Punkten und eine kleine Gruppe von knapp 2 % erreicht Werte über 600 Punkte, ganz überwiegend mit 9 oder 10 eingetragenen Auszeichnungen.

Eine einzige hohe Auszeichnung etwa als „Held der Arbeit“ ist natürlich ein beträchtliches Sozialkapital. Allein, für den kontinuierlichen Aufstieg reicht das nicht aus. Das Prinzip besteht vielmehr in einer beständigen Akkumulation von Auszeichnungen.

7. Ehre und Karriere

Berufliche Karrieren sind in einer Planwirtschaft vom Anspruch her eine Passung von formaler und persönlicher Qualifikation mit den Anforderungen des Wirtschaftssystems auf der einen und einer Passung von politischen Überzeugungen oder Engagements mit den ideologischen Vorgaben auf der anderen Seite. Die DDR hatte zur Erreichung dieser Ziele eine umfangreiche Kaderplanung ausgebildet, die eine langfristige Vorbereitung und Auswahl von geeignetem Personal für die Besetzung von Führungspositionen sicherstellen sollte.

Die Anforderung an Führungskader bestand daher im Kern aus zwei Elementen: Das eine ist die in Deutschland typischerweise zertifizierte Qualifikation in Form von Berufs- und Bildungsabschlüssen, das andere Element bestand in dokumentierbarer politischer Loyalität, einschließlich der dem sozialistischen Menschen eigenen vorbildlichen privaten Lebensführung. Ein sozialistischer Kader hatte beide Anforderungen zu erfüllen.

Betrachtet man zunächst die „Passung“ von Wirtschaftssystem und vorhandener Qualifikation – so wie sie in der größten Arbeitskräfteregistratur der DDR (GAV: Datenspeicher „Gesellschaftliches Arbeitsvermögen“ mit etwa 7 Millionen erfassten Werktätigen) erfasst wurde –, dann stellt man sehr schnell fest, dass von der planerischen Idealvorstellung erheblich abgewichen wurde. Nach den Angaben im GAV waren gut 27 % der Beschäftigten nicht ausbildungsadäquat eingesetzt, weitere 10 % lediglich in artverwandten Berufen tätig. Betrachtet man diejenigen, die eine Hochschulzugangsberechtigung erworben hatten, sieht das Bild noch düsterer aus: ca. 30 % dieser Personengruppe war nicht ausbildungsadäquat beschäftigt. Bildungszertifikate waren zwar der wesentliche Mechanismus zur Positionierung in der sozialistischen Dienstklasse und auch der wesentliche Garant der Privilegienvererbung (vgl. Solga 1995, S. 190), aber sie waren keineswegs eine hinreichende Bedingung für eine berufliche Karriere im Sozialismus.

Daher kommt der zweiten Anforderung, der politischen Loyalität, besondere Bedeutung zu. Nimmt man als Anhaltspunkt einmal den Anteil der Parteiloseren am Führungspersonal, dann zeigt sich, dass ein Parteibuch für den Weg nach oben nahezu unabdingbar war, insbesondere in den machtnahen Verwaltungsapparaten. Eine Ausnahme bildet das Gesundheitswesen, das bis zum Schluss der politischen Kontrolle eine starke Professionskultur entgegensetzen konnte.

Allerdings gilt wie für die Bildung, dass sich mit einem Parteibuch allein keine Karriere machen lässt und auch die Kombination von Parteibuch und Ausbildung immer noch auf ein Feld von Mitbewerbern stößt, das weit größer ist als die Zahl der zu besetzenden Positionen.

An dieser Stelle kommen die „feinen Unterschiede“ in Form von „Ehre“ ins Spiel. Auszeichnungen dokumentieren in der Karriere-logik der DDR sowohl fachliche Qualifikation als auch politische Loyalität und Engagement. Sie wirken sowohl als symbolische Vorbereitung des nachfolgenden Karriere-

sprungs wie auch als Bestätigung der beruflichen Position. Gerade mittlere und hohe Positionen wurden sehr lange beibehalten und Auszeichnungen konnten dann als „Abstiegsbremse“ wirken. Die regelmäßigen Auszeichnungen waren eine nachträgliche Bestätigung der Amtsführung. Auszeichnungen begleiten also eine Karriere wie ein beständiges Beurteilungsverfahren. Ihren besonderen Wert beziehen die Orden dabei aus der Tatsache, dass sie nicht wie die üblichen beruflichen Angelegenheiten auf der Ebene der Einzelleitung abgehandelt werden. Vielmehr ist für die Verleihung eine breitere Basis notwendig. Das setzt funktionierende Netzwerke voraus und Konsens in den relevanten Gremien.

Die Akkumulation von symbolischem Kapital folgt sehr klar den beruflichen Hierarchien (vgl. Tab. 1). Im Machtzentrum wird damit sogar die unterschiedliche Ressourcenausstattung der Akteure sichtbar, die über Parteizugehörigkeit, Bildung, Alter etc. nicht erkennbar ist. Der starke Anstieg des symbolischen Kapitals mit der Positionshöhe entspricht dem andernorts beschriebenen Phänomen einer sprunghaft ansteigenden politischen Einbindung ab einer bestimmten Positionshöhe (vgl. Hornbostel 1999).

Auffällig sind die enormen Unterschiede zwischen den Sektoren. Der Führungsebene der Wirtschaft gelingt es nicht einmal, die durchschnittlichen Punktwerte der Abteilungsleiterebene der zentralen staatlichen Verwaltung zu erreichen. Besonders auffällig ist diese „symbolische Desintegration“ für den medizinischen Bereich. Es ist genau jener Bereich, der sich am stärksten und dauerhaftesten einer politischen Einvernahme widersetzen konnte, weil er einerseits an eine entwickelte Professionsethik und -organisation angeschlossen war und andererseits die Leistungen dieses Bereiches nicht substituierbar waren, so dass funktionale Gesichtspunkte gegenüber politisch-ideologischen prioritär behandelt wurden (vgl. Ernst 1996). Entsprechend hoch war die Abneigung gegenüber staatlichen Ehrungen, wie eine Interviewpassage sehr deutlich macht: „Wir haben also Medizinalräte gekürt, da fragten wir uns hinterher, ob das eigentlich ein Trinker-Orden ... war. ... Ein Medizinalrat ist immer ein politischer Titel gewesen“ (Hoerning 1997, S. 26).

Beide Indikatoren (Parteizugehörigkeit und Auszeichnungen) deuten darauf hin, dass nur die politiknahen gesellschaftlichen Sektoren politisches Commitment bis in die mittlere Führungsebene durchsetzten. In allen anderen Bereichen ist lediglich die Spitze in dieser Weise integriert.

Die hoch dekorierten Personen verfügen – ganz wie nach dem Bourdieuschen Modell zu erwarten – in der Regel auch über ein deutlich höheres kulturelles Kapital (Bildungsabschluss) und sie sind in extrem hohem Maße über Parteizugehörigkeit in die Politik integriert (vgl. Tab. 2).

Für eine Karriere bedurfte es also, um mit Bourdieu zu sprechen, nicht nur einer Akkumulation von Kapitalien, sondern auch ihrer Transformation in ein anerkanntes legitimes Kapital, dass selbst wiederum der Akkumulationslogik gehorcht.

Tab. 1: Mittlere Ordenspunktwerte nach Position und Sektor

Hierarchieposition	Ministerien & zentrale Verwaltung	Räte der Bezirke	Aussenhandel	Kombinate & Betriebe	Hochschulen & Akad.	Gesundheit & Soziales
Oberste Leitungsebene	817	589	259	240	268	180
Mittleres Management	516	275	177	138	219	111
Abteilungsleiter	272	235	135	103	173	80
Gruppenleiter	104	155	169	68	123	51

Quelle: ZKDS Bearbeitungsstand 2002

Tab. 2: Anteil der Parteilosen am Führungspersonal in Prozent

Hierarchieposition	Ministerien & zentrale Verwaltung	Räte der Bezirke	Aussenhandel	Kombinate & Betriebe	Hochschulen & Akad.	Gesundheit & Soziales
Oberste Leitungsebene	0	0,8	0,8	2,8	9,4	30,1
Mittleres Management	0,7	2,4	7,0	17,1	7,3	59,2
Abteilungsleiter	5,2	7,0	18,1	31,4	17,3	74,3
Gruppenleiter	36,5	17,8	54,6	49,5	41,8	79,2

Quelle: ZKDS, Bearbeitungsstand 2002

Betrachtet man abschließend die soziale Herkunft der Geehrten und die Parteizugehörigkeit (vgl. Tab. 3), dann lässt sich der Elitenwechsel in der DDR erkennen, obwohl die statistische Kategorie „soziale Herkunft“ hochgradig ideologisch kontaminiert ist. Bemerkenswert ist daher nicht der hohe Anteil von „Arbeitern“, sondern das Absinken dieses Anteils in der Generationenfolge: In der Generation der 1930 und früher Geborenen überwiegt bei den Ordensträgern ganz deutlich die Herkunft aus der Arbeiterklasse, während die alte bürgerliche Intelligenz von diesem Kapital fast vollständig ausgeschlossen

ist. In der jüngsten Generation hat sich dies deutlich verändert. Der kräftig gestiegene Anteil der Intelligenzherkunft markiert nicht nur die stärkere Integration der „alten Intelligenz“, sondern auch den beginnenden Selbstrekutierungsprozess aus der „neuen sozialistischen Intelligenz“.

Tab. 3: Ordensträger nach Herkunft und Parteizugehörigkeit
(Spaltenprozente)

Geburtskohorte	Soz. Herkunft	Akkumulierte Ordenspunktwerte		
		200-400 Pkt.	400-600 Pkt	Über 600 Pkt
Soziale Herkunft				
Vor 1931	Arbeiter	70,1 %	70,3 %	69,5 %
	Intelligenz	2,8 %	2,8 %	4,5 %
1931 – 1939	Arbeiter	66,7 %	67, 3 %	65,2 %
	Intelligenz	3,9 %	3,9 %	5,0 %
Nach 1939	Arbeiter	54,4 %	55,2 %	57,2 %
	Intelligenz	12,5 %	12,5%	10,5 %
Anteil der SED Mitglieder				
Vor 1931		84,9 %	91,0 %	93,9 %
1931 – 1939		85,4 %	93,1 %	95,6 %
Nach 1939		81,0 %	89,9 %	91,7 %

Quelle: ZKDS

Die starke Konzentration symbolischen Kapitals im politischen Machtzentrum scheint der DDR allerdings selbst zum Problem geworden zu sein. Jedenfalls deutet der leicht sinkende Anteil der Parteimitglieder unter den hochausgezeichneten Personen darauf hin, dass man die spezifische Integrationskraft der Ehre vorsichtig von der politischen Integration durch Parteibindung entkoppelte.

Dieser Prozess war allerdings kein geplanter oder abgestimmter Vorgang. Er setzte sich vielmehr unter der Hand und gegen die ideologischen Vorgaben durch. Die beständigen Mahnungen der Abteilung Kader beim Ministerrat dokumentierten die Verletzung von Planvorgaben hinsichtlich der Anzahl der zu verleihenden Auszeichnungen ebenso wie hinsichtlich der sozialen Zusammensetzung der Geehrten zwar, änderten an der Vergabepaxis aber nichts: „Die soziale Zusammensetzung der Ausgezeichneten ist weiter zu verbessern. Es ist ständiger Einfluß auf die weitere Erhöhung des Arbeiteranteils zu nehmen. Das betrifft sowohl Auszeichnungen, mit denen Leistungen in der materiellen Produktion anerkannt und stimuliert werden, als auch den ‚Vaterländischen Verdienstorden‘. Die gleiche Forderung gilt auch für die Erhöhung des Anteils ausgezeichneten Frauen. Da die soziale Zusammensetzung der Ausge-

zeichneten entscheidend von der Auswahl der Vorschläge abhängt, ist die Forderung stärker durchzusetzen, daß die einreichungsberechtigten Leiter die soziale Zusammensetzung ihrer Vorschläge analysieren und entsprechende Schlussfolgerungen für ihren Verantwortungsbereich festlegen.“⁵

Die jährlichen Rapporte der Abteilung Kader demonstrieren nicht nur insgesamt den niedrigen Arbeiteranteil auf eindrucksvolle Weise, sondern auch den Weg, akzeptable Quoten dadurch zu erzielen, dass Arbeiter im Wesentlichen mit dem „Blechsegen“ (Kollektivauszeichnungen) abgespeist wurden (vgl. Tabellen 4 und 5).

Tab. 4: Arbeiteranteil an den hohen staatlichen Auszeichnungen
Auszüge aus der jährlichen Berichterstattung der Abteilung Kader beim Ministerrat der DDR

	Einzelpersonen	Kollektivmitglieder
1976 – 80	16,7 %	64,3 %
1981 – 85	13,1 %	56,5 %
Wettbewerb 35. Jahrestag	49,0 %	66,2 %
1986 – 1989	15 %	51,8 %

Quelle: Abteilung Kader beim Ministerrat: Analyse verliehener staatlicher Auszeichnungen in den Jahren 1976 bis 1980, 1981 bis 1985, 1986 bis 1989, BArch Berlin DC 20/11467

Tab. 5: Arbeiteranteil am Banner der Arbeit (Stufe I bis II)

	Einzelpersonen	Kollektivmitglieder
1976 – 80	28,3 %	64,9 %
1981 – 85	21,5 %	57,1 %
1986 – 1989	16,5 %	52,4 %

Quelle: Abteilung Kader beim Ministerrat: Analyse verliehener staatlicher Auszeichnungen in den Jahren 1976 bis 1989, 31.10.1989, BArch Berlin DC 20/11467/1-2

Der monierte – weil zu geringe – Frauenanteil, dem insgesamt eine massive Unterrepräsentanz der Frauen in leitenden Positionen entspricht, lässt sich auch im Kaderdatenspeicher nachvollziehen (vgl. Tab.6).

⁵ Abteilung Kader beim Ministerrat: Analyse verliehener staatlicher Auszeichnungen in den Jahren 1976 bis 1980, Februar 1981. BArch Berlin DC 20/11467/1-4.

Tab. 6: Auszeichnungen und Geschlecht

Kummulierte Auszeichnungspunkte	Männer	Frauen
keine	20,9 %	35,8 %
< 200 Pkt.	54,3 %	56,7 %
200 bis 400 Pkt.	17,0 %	6,3 %
400 bis 600 Pkt.	5,2 %	1,0 %
> 600 Pkt.	2,5 %	0,3 %

Quelle: ZKDS, Bearbeitungsstand 2002, nur Personen mit Leitungsfunktionen

Nimmt man abschließend die Eingangsfrage nach den Gegeneliten der DDR noch einmal auf, dann zeigt sich deutlich, dass genau jene Gruppe, die Welzel (1997) als „demokratische Gegenelite“ ausgemacht hatte (nämlich Personen mit höheren Bildungsabschlüssen) keineswegs relativ depraviert waren, sondern eher im Gegenteil relativ bevorteiligt waren (vgl. Tabelle 7). Das gilt für alle Kohorten, auch wenn die Jüngeren zweifellos schlechtere Aufstiegschancen hatten als die Gründergeneration (vgl. Gebauer in diesem Band). Auf der Ebene symbolischen Kapitals lassen sich sowohl deutliche Desintegrationen (vertikal und horizontal) feststellen, die positiv formuliert als Politikferne oder als Option auf die Pflege subsystemarer Eigenrationalitäten interpretiert werden können, wie aber auch eine insgesamt hohe Einbindung der Intelligenz in die Loyalitätsbeziehungen des DDR-Systems. Wie Tabelle 7 zeigt, hatten Hoch- und Fachschulabsolventen in allen Kohorten überproportional hohen Anteil am symbolischen Kapital – wider alle Ideologie. Das spricht zunächst einmal für eine hohe Systemloyalität dieser Gruppe. Und ebenso für ein Kapital, das nicht ohne weiteres in einen demokratischen Systemkontext transferiert werden kann. Unterstellt man ein rationales Interesse am Erhalt dieses Kapitals, dann ergeben sich Optionen für gegenelitäre Orientierungen nur unter sehr spezifischen sektoralen Bedingungen, wie z.B. ausgeprägter Professionsidentitäten (die meist ohnehin zum Verzicht auf symbolisches Kapital führen) und bei relativ jungen Kadern, die noch keine großen biographischen Investitionen und Kapitaltransformationen getätigt hatten. Bildung allein scheint hingegen eher ein Indikator für als gegen Systemloyalität zu sein.

Tab. 7: Beschäftigte im ZKDS nach Bildungsabschluss, Kohorte und Auszeichnungen (Zeilenprozente)

Kohorte	Bildung	Punktwerte der erhaltenen Auszeichnungen					N
		Keine Punkte	>0-200 Punkte	200-400 Punkte	400-600 Punkte	> 600 Punkte	
1930 und früher	Hochschule	14,1 %	43,9 %	22,9 %	10,8 %	8,3 %	26.450
	Fachschule	14,8 %	49,2 %	24,7 %	8,6 %	2,8 %	20.452
	Facharbeiter	37,5 %	52,0 %	8,7 %	1,5 %	0,4 %	32.139
	andere/kein	45,0 %	44,5 %	8,0 %	1,8 %	0,6 %	52.478
1931 bis 1940	Hochschule	13,7 %	57,1 %	19,3 %	6,8 %	3,1 %	50.718
	Fachschule	14,6 %	60,9 %	18,6 %	4,7 %	1,3 %	33.509
	Facharbeiter	36,4 %	57,2 %	5,6 %	0,7 %	0,1 %	40.640
	andere/kein	45,1 %	47,6 %	6,2 %	1,0 %	0,2 %	24.357
1941 bis 1950	Hochschule	27,4 %	61,2 %	9,4 %	1,7 %	0,4 %	53.805
	Fachschule	23,3 %	67,5 %	8,0 %	1,0 %	0,2 %	33.848
	Facharbeiter	45,5 %	52,1 %	2,3 %	0,1 %	0 %	41.341
	andere/kein	51,4 %	45,7 %	2,6 %	0,2 %	0 %	18.007
1951 und später	Hochschule	55,6 %	40,2 %	3,8 %	0,3 %	0 %	62.979
	Fachschule	50,1 %	48,0 %	1,8 %	0,1 %	0 %	36.059
	Facharbeiter	70,6 %	28,8 %	0,6 %	0 %	0 %	100.137
	andere/kein	76,1 %	23,1 %	0,8 %	0 %	0 %	28.692
Nur Personen, die mindestens die Positionsstufe 1 erreicht haben, N=655.615							

Die vermeintliche Gegenelite war eine „Elite im Wartestand“ und dazu eine in das System soweit integrierte Elite, dass sie sich flexibel an die jeweiligen Kontextbedingungen anpassen konnte. Das gilt auch für den Übergang in die Demokratie. Entscheidend war offenbar „die Identifikation mit den biographischen/beruflichen Investitionen“, die abhängig von Alter, Beschäftigungssektor, Hierarchieposition und erreichter Anerkennung ganz unterschiedliche Loyalitäten stiftete – auch über die Wende hinaus (vgl. Hoerning/Kupferberg 1999, S. 44).

Literatur

- Bartel, Frank (1979): Auszeichnungen der Deutschen Demokratischen Republik. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Berlin.
- Bauerkämper, Arnd (1999): Kaderdiktatur und Kadergesellschaft. Politische Herrschaft, Milieubindung und Wertetraditionalismus im Elitenwechsel in der SBZ/DDR von 1945 bis zu den sechziger Jahren. In: Peter Hübner (Hg.): Eliten im Sozialismus. Köln, Weimar, Berlin, S. 37-65.
- Best, Heinrich/Gebauer, Ronald (Hg.) (2002): (Dys)funktionale Differenzierung. SFB 580 – Mitteilungen, 3/2002, S. 33-39.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, Kulturelles Kapital, Soziales Kapital. In: Reinhard Kreckel (Hg.): Soziale Ungleichheiten. (Sonderband 2 der Sozialen Welt) Göttingen, S. 183-198.
- Bourdieu, Pierre (1985): Sozialer Raum und Klassen. *Leçon sur la leçon*. 2 Vorlesungen. Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre (1987): Sozialer Sinn: Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt a.M.
- Bundesministerium des Innern (1985): DDR-Handbuch. Wissenschaftliche Leitung: Hartmut Zimmermann. 3. Aufl., Köln.
- Colomy, Paul (1990): Divisions and Progress in Differentiation Theory. In: Jeffrey C. Alexander/Paul Colomy (Hg.): Differentiation Theory and Social Change. New York, S. 222-264.
- Eisenstadt, Shmuel N. (1964): Social Change, Differentiation, and Evolution. In: American Sociological Review 29, S. 375-386.
- Eppelmann, Rainer et al. (Hg.) (1996): Lexikon des DDR Sozialismus. Paderborn.
- Ernst, Anna-Sabine (1996): Von der bürgerlichen zur sozialistischen Profession? Ärzte in der DDR 1945-1961. In: Richard Bessel/Ralph Jessen (Hg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR. Göttingen, S. 25-48.
- Ettrich, Frank/Utz, Richard (2002): Zwischen „Prominenz“ und „Nomenklatura“. Überlegungen zu neuerer Eliten-Literatur. In: Berliner Journal für Soziologie 3, S. 389-403.
- Geißler, Rainer (1996): Die Sozialstruktur Deutschlands: Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung. 2. Aufl., Opladen.
- Higley, John/Lengyel, Gyorgy (Hg.) (2000): Elites after State Socialism. Oxford.
- Hoerning, Erika M./Kupferberg, Feiwei (1999): Die anhaltende Loyalität der ostdeutschen Intelligenz. In: BIOS 1, S. 28-49.
- Hoerning, Erika M. (1997): Sozialer Wandel und kulturelles Kapital. Zwei Fallgeschichten zum Professionalisierungsprozess im Umbruch der DDR. In: Imbke Behnken/Theodor Schulze (Hg.): Tatort: Biographie. Opladen, S. 15-37.
- Hoffmann-Lange, Ursula (2000): Eliten in den alten und den neuen Bundesländern. In: Landeszentrale der politischen Bildung Baden-Württemberg (Hg.): Der Bürger im Staat. H. 4, S. 203-211.

- Hornbostel, Stefan (1999): Die besten Vertreter der Arbeiterklasse. Kaderpolitik und gesellschaftliche Differenzierungsmuster im Spiegel des zentralen Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR. In: Stefan Hornbostel (Hg.): Sozialistische Eliten, Opladen, S.77-210.
- Hornbostel, Stefan (2000): Von Überlebenden, Kolonisten und Newcomern. Neue und alte Eliten in Ostdeutschland. In: Kursbuch 139, S. 123-134.
- Hornbostel, Stefan (2003): Kleine Alchemie der Karriere: Wie man aus Blech Gold macht. In: Ronald Hitzler/Michaela Pfadenhauer (Hg.): Karrierepolitik. Beiträge zur Rekonstruktion erfolgsorientierten Handelns. Opladen.
- Jaraus, Konrad H. (1999): Implosion oder Selbstbefreiung? Zur Krise des Kommunismus und Auflösung der DDR. In: Konrad H. Jaraus, / Martin Sabrow (Hrsg.): Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen, S. 15-40.
- Ludz, Peter Christian (1968): Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung. Köln/Opladen.
- Meuschel, Sigrid (1992): Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989. Frankfurt a.M.
- Pollack, Detlef (2000): Die offene Gesellschaft und ihre Freunde, In: Geschichte und Gesellschaft 26, S. 171-183.
- Pollack, Detlef (2001): Wie modern war die DDR. In: FIT (Frankfurter Institut für Transformationsstudien) No. 4, S. 13.
- Rüchemeyer, Dietrich (1977): Structural Differentiation, Efficiency, and Power. In: American Journal of Sociology 83, S. 1-25.
- Schimank, Uwe (2000): Theorien gesellschaftlicher Differenzierung. 2. Aufl. Opladen.
- Solga, Heike (1995): Auf dem Weg in die klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen den Generationen in der DDR. Berlin.
- Tautz, Günter (1983): Orden und Medaillen. Staatliche Auszeichnungen der Deutschen Demokratischen Republik, Leipzig.
- Vogt, Ludgera (1994): Zur Logik der Ehre in der Gegenwartsgesellschaft. Differenzierung, Macht, Integration. Frankfurt a.M.
- Welzel, Christian (1997): Demokratischer Elitenwandel. Die Erneuerung der ostdeutschen Elite aus demokratie-soziologischer Sicht. Opladen.
- Zimmermann, Hartmut (1994): Überlegungen zur Geschichte der Kader und der Kaderpolitik in der SBZ/DDR. In: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart, S. 322-356.